

Genossenschaft oder Kommanditgesellschaft?

Staufenberger Stadtverordnete diskutierten Beteiligungsform für geplanten Solarpark – Gefeller will Steuerfragen klären

Staufenberg (vh). Alle wollten nur das Beste für Staufenberg und seine Bürger. Somit wurde fleißig nach der idealen Definition für »das Beste« gesucht. Und das dauerte während der Sitzung der Stadtverordneten am Dienstagabend im Feuerwehr-Gerätehaus Mitte länger als vermutet. Der geplante Solarpark am »Buchenberg« in Daubringen stand zur endgültigen Abstimmung, besser gesagt seine Gesellschafts- und in der Folge Beteiligungsform. Unklar ist noch, ob sich die Bürger über ein Genossenschaftsmodell oder über eine Kommanditgesellschaft an dem Projekt beteiligen sollen. Ob die

Bis am Ende alles gut war, mussten Steine aus dem Weg geräumt werden. In dieser Disziplin zeigte Bürgermeister Peter Gefeller (SPD) Ausdauer und Improvisationstalent, und er hatte eine Nachricht vonseiten der »hohen« Politik parat – das Sahnehäubchen auf der schließlich einmütigen Abstimmung. Bisher drängte heftig die Zeit, da mit dem Stichtag 30. Juni die noch im Planungsstadium befindliche Solaranlage am Stromnetz hätte hängen müssen. Anderenfalls wären Vergünstigungen und Zuschüsse für erneuerbare Energie (Solarstrom) von staatlicher Seite gekürzt worden. Der Solarpark hätte sich dann nicht mehr rentiert. Nun wurde die Frist für den Anlagenbau auf Konversionsflächen, und hierzu zählt die frühere Daubringer Erddeponie, in Berlin auf zwei Monate bis zum 31. August verlängert.

Künftige Anlagenbetreiber müssen als Eigenkapital 18 Prozent der Gesamtsumme einbringen, das wären gut 700 000 Euro. Bei 2,1 Millionen Kilowattstunden soll die Jahresleistung des Solarparks liegen. Gefeller sagte, das sei konservativ berechnet. Anteilseigner könnten gemäß dieser Rechnung mit 6,8 Prozent Rendite rechnen, die Stadt Staufenberg erhalte als Grundstückseigentümer 9900 Euro an Pacht jährlich.

Bezogen auf das im Hauptausschuss bewilligte Beteiligungsmodell sollten der kommunale Anteil 50 Prozent und der Anteil von privater Seite am Eigenkapital ebenfalls 50 Prozent betragen. Gefeller hatte Gespräche mit Nachbarkommunen geführt und sprach jetzt von einer Hoffnung machenden Resonanz aus Wettenberg, Lollar und Allendorf/Lumda. Es gebe noch keine Zusage, denn, wie eben in Staufenberg, müssen auch dort die Parlamente abstimmen. Überfällig ist eine Antwort aus Buseck und Rabenau. Für 20 Prozent würden sich die Stadtwerke Gießen einklinken, so Gefeller. Die restlichen 30 Prozent privater Beteiligung sollten über ein Genossenschaftsmodell abgebildet werden. Der Haken daran ist, dass eine Genossen-

schaftsgründung viel Zeit benötigt, die wiederum in Staufenberg trotz Fristverlängerung fehlt. Also hatte Gefeller mit der Sonnenland eG, einer Bürger-Solargenossenschaft in Buseck, Kontakt aufgenommen. Das Ziel sollte sein, die Bürger als Anteilseigner in größtmöglicher Zahl mit ins Boot zu nehmen. Bei der Sonnenland eG ginge das für einen Mindestanteil von 100 Euro.

Auf der Sitzung des Hauptausschusses wurde nicht geklärt, ob sich der Anteil auf die Gesamtjahresbilanz der eG beziehen würde oder einzig den Solarpark Buchenberg beinhalte. Außerdem wurden etwaige Verpflichtungen aus einer Anteilsschaft nicht erörtert. Gefeller erläuterte den Vorteil einer Beteiligung der Stadtwerke. Für den Stromtransport benötige man einen Netzbetreiber und weil das Pilotprojekt in regionaler Hand liegen solle, habe er einen Konzern gar nicht erst erwogen.

Kompromiss sicherte Einstimmigkeit

Alternativ zur Genossenschaft wäre die Gründung einer Kommanditgesellschaft denkbar, für den Solarpark die Form der GmbH & Co. KG. Doch Gefeller möchte davon Abstand nehmen, denn gemäß bisherigem Wissensstand müsste die Stadt Staufenberg dann auf die Jahrespachterlöse Steuern zahlen. Keine Frage: Neben dem Bürgermeister wollte genau das jeder im großen Unterrichtssaal der Feuerwehr vermeiden.

Wilfried Schmiel (CDU) stellte den Änderungsantrag seiner Fraktion auf direkte Bürgerbeteiligung ohne den Umweg einer Genossenschaft. Die Sache mit den Steuern solle der Bürgermeister deshalb schnellstens klären. Gefeller hat nach eigenem Bekunden dieser Tage einen Termin zur endgültigen Klärung aller steuerlichen Belange mit dem Fachberater. Es sei ihm gewiss lieber, für den Solarpark im Lumdatal eine Genossenschaft zu gründen, doch die Zeit reiche nicht aus

Stadt bei einer dieser Varianten auf die Jahrespachterlöse Steuern zahlen müsse oder nicht, will Bürgermeister Peter Gefeller (SPD) noch klären. Schließlich votierten die Parlamentarier geschlossen für die Gründung einer Energiegesellschaft Lumdatal, an der sich die Bürger beteiligen können – ob in Form eines Genossenschaftsmodells oder einer Kommanditgesellschaft, wird noch entschieden. Mit diesem Votum wurde auch die von allen Fraktionen erhoffte Signalwirkung für das Pilotprojekt erzielt. Denn die Stadt benötigt für die Gesamtsumme von 3,9 Millionen Euro noch Partner und Investoren.

dafür. Die CDU widersprach dem nicht. Claus Waldschmidt (SPD) führte aus, ein Genossenschaftsmodell sei dem Bürger wohl vertrauter als eine Kommanditgesellschaft. Wer wisse denn über die Beteiligung an einer KG Bescheid und ob diese versteuert werden müsse? Reiner Mehler (SPD) sprach vom höheren Verwaltungsaufwand für eine KG, Gefeller nannte die Pflicht einer doppelten Jahresbilanz. Manfred Hein (FW) meinte, die Sonnenland eG als ein großer Partner sei auch deshalb sinnvoll, weil man nicht wisse, wie stark die Bereitschaft der einzelnen Bürger sei, sich finanziell zu engagieren. Schließlich kalkuliere man mit 30 Prozent. Ilse Staudé (GAL) befürwortete das eG-Modell wegen des niedrigen Mindestanteils. Den könnten sich auch Leute mit kleinem Geldbeutel leisten.

Michael Fritz (CDU) interessierte, wo genau der zu leistende Anteil für den hiesigen Solarpark im Verbund der breiten Sonnenland-Projekte verbleibe. Christian Knoll (CDU) wollte wissen, in welcher Größenordnung sich die abzuziehenden Steuern für den Pachtertrag und die Rendite im Falle einer KG beliefen. Vielleicht wäre dieser Betrag nicht in einer Größenordnung, dass man dafür auf weitgehende Unabhängigkeit verzichte. Christian Lemmer (CDU) fand es irritierend, ohne das Ergebnis aus dem baldigen Informationsgespräch des Bürgermeisters im Voraus eine Priorität zu setzen.

Nach einer Sitzungsunterbrechung servierte Gefeller einen Kompromiss, der die Zustimmung aller Parlamentarier fand: Ge-gründet werden soll eine Energiegesellschaft Lumdatal gemäß Paragraf 121 der Hessischen Gemeindeordnung (höchstens 50 Prozent kommunale Beteiligung) mit der Anteilsschaft von Nachbarkommunen, der Beteiligung der Stadtwerke Gießen und größtmöglicher Bürgerbeteiligung. Letztgenannte entweder mittels Anteilen bei der Sonnenland eG oder als Einzelgesellschafter (KG-Modell).